

Lager der Gegner des UNO-Staates übertraten, so ist deren zahlenmäßige Überlegenheit in diesem Forum nicht gesichert; aber die bitteren Erfahrungen, welche mit dem geplanten UNO-Staat gemacht wurden, werden vielleicht doch dazu führen, daß sich ein genügend großer Harst um den Plan eines beschränkten internationalen Schutzes der Heiligen Stätten, sammelt. Über die praktischen Chancen dieser weniger ambitionösen Lösung des Problems läßt sich heute noch nichts Sicheres sagen: sie hängen zum größten Teil ab von der Weiterentwicklung des politischen Spiels im Vorderen Orient, das sich ja gegenwärtig im vollen Fluß befindet. R.O.E.

(In: „Basler Nachrichten“, 106 [Basel, 22. 6. 50] Nr. 280)

8m) Israel und die Ermordung des Grafen Bernadotte
TEL AVIV, 19. Juni. (United Preß). Die Regierung Israels richtete an Schweden eine Note, in der sie sich mit den Beschuldigungen auseinandersetzt, die Ermordung Graf Bernadottes hätte bei Vornahme der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vermieden werden können und die Nachforschungen nach den Mördern seien nicht entschlossen genug geführt worden. In beiden Punkten gibt die Regierung Israels zu, Unterlassungssünden begangen zu haben.

Zum ersten Punkte wird festgestellt, daß zur Zeit des Anschlages — dem 17. September 1948 — „chaotische Zustände“ geherrscht hätten. Damals seien kaum vier Monate seit der Unabhängigkeitserklärung Israels vergangen gewesen. Die Regierung Israels hätte jedoch eine „weisere Haltung“ an den Tag legen können und nicht stillschweigend annehmen sollen, daß der Vermittler der Vereinigten Nationen eine Schutzbegleitung „nicht wünsche“.

Zum zweiten Punkte wird bemerkt, Schweden sei völlig im Recht, „Lücken und Unterlassungen“ bei der Untersuchung des Mordfalles durch die Behörden Israels zu beanstanden. In der Note werden folgende Unterlassungen zugegeben: Der Tatort ist nicht abgesperrt worden, der Tatort und das Automobil Bernadottes wurden nicht untersucht, die Mitglieder der Reisegesellschaft des Grafen wurden nicht einvernommen, die bei der Stern-

bande konfiszierten Waffen wurden nicht untersucht, die im Stützpunkte der Sterngruppe in Jerusalem beschlagnahmten Fahrzeuge wurden nicht daraufhin untersucht, ob eines von ihnen mit dem von den Mördern verwendeten Jeep identisch sei, und schließlich wurde die Konfrontierung von Verdächtigen mit Augenzeugen unterlassen.

(In: „Basler Nachrichten“, 106 [Basel, 20. 6. 50] Nr. 255)

STOCKHOLM, 6. Juli. (United Preß). Die schwedische Regierung teilte der Regierung Israels mit, daß sie mit den letzten Untersuchungsergebnissen über die Ermordung des Prinzen Bernadotte befriedigt sei und daß sie den Gedankenaustausch auch über diese Angelegenheit als beendet betrachte. Die Erklärung führt aus, die schwedische Regierung nehme mit Befriedigung Kenntnis davon, daß die Regierung Israels die Mängel des ursprünglichen Polizeiberichts anerkenne und bedauere.

(Dass. [Basel, 7. 7. 50] Nr. 284)

Die israelische Regierung hat eingewilligt, einen Gesamtbetrag von 54 528 Dollar an die Vereinten Nationen für die Schäden, die durch die Ermordung des U. N. palästinensischen Vermittlers Graf Folke Bernadotte entstanden sind, zu bezahlen, eine offizielle Entschuldigung abzugeben und die Suche nach den Mördern fortzusetzen.

(In: The Jews in the News [Californien, Juli 1950] Nr. 34)

8n) Schweden anerkennt Israel de iure

STOCKHOLM. Die schwedische Regierung hat beschlossen, Israel de jure anzuerkennen, wie am Donnerstag in Stockholm offiziell mitgeteilt wurde. Zur gleichen Zeit ist Schweden bereit, mit Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Bisher hatte Schweden die Anerkennung Israels von der Aufklärung des Mordes an Graf Bernadotte und der Bestrafung der Schuldigen abhängig gemacht.

(In: „Die Welt“, 5 [Hamburg, 14. 7. 50] 162)

9. KLEINE NACHRICHTEN

9a) Ein Jude rettete den Hamburger Bürgermeister

In der „Arbeiter-Zeitung“ Basel ist ein Interview von Alfred Joachim Fischer mit dem gegenwärtigen Senatspräsidenten und ersten Bürgermeister von Hamburg, Max Brauer, wiedergegeben. Darin wird erzählt, wie der ehemalige sozialdemokratische Oberbürgermeister von Altona in der Weimarer Zeit sich dem Zugriff der Hitler-Schergen hat entziehen können und nach vielen Umwegen, die ihn u. a. nach Genf führten, nach Amerika hat gelangen können:

„Durch nationalsozialistisches Intrigenspiel verhaftete man ihn in der Pariser Umgebung. Nicht ohne Mühe befreiten ihn seine Freunde. Nunmehr war Brauer der europäischen Boden zu heiß geworden. Um nach Amerika zu gelangen, brauchte er aber eine offizielle Einladung. Sie erfolgte von einem Freunde aus der Genfer Völkerbundszeit: Nachum Goldmann, dem „Außenminister“ des Jüdischen Weltkongresses... Max Brauers Rettung nach Amerika erfolgte also durch einen Juden. Darin liegt kein bloßer Zufall. Während seiner Odyssee begleitete ihn wie ein getreuer Schatten der jüdische Freund Katz, heute Justizminister des Landes Schleswig-Holstein. Vor allem aber war Brauer Zionist, solange er nur denken konnte. In Deutschland hatte er das Pro-Palästina-Komitee begründet und gehörte zu den eifrigsten nichtjüdischen Kampfern für die moderne Zionsidee.“

(In: JUNA Korrespondenz, Zürich, 22. 2. 50)

9b) Ein Akt der Dankbarkeit

Der kanadisch-jüdische Kongreß hat die Kosten für die Überfahrt und die Einordnung einer katholischen Familie aus Polen übernommen. Der betreffende Bauer hatte

einem Juden, der aus einem Lager geflüchtet war, Unterkunft während der ganzen deutschen Besetzungszeit gewährt und dazu noch weitere acht Juden in seinem Keller versteckt und ernährt. Er wurde deswegen von polnischen Antisemiten belästigt und wandert jetzt aus.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 23. 6. 50] 25, S. 12)

9c) 5000 Juden waren in Berlin versteckt

Nun werden auch die Tatsachen über die Rettung von Juden durch deutsche Familien bekannt. Man rechnet damit, daß etwa 5000 Juden allein in Berlin dem Schicksal der Deportation entgingen, weil sie von nichtjüdischen Familien versteckt gehalten wurden.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 9. 6. 1950] 23, S. 12)

9d) Gesamtvertretung der Juden gegründet

Am 19. Juli haben sich auf einer Sitzung in Frankfurt a. M. die Organisationen der Juden in Deutschland zu einer Gesamtvertretung zusammengeschlossen, die den Namen „Zentralrat der Juden in Deutschland“ führt. Der „Zentralrat“ wird durch ein aus vier Personen bestehendes Direktorium und einen aus 15 Delegierten gebildeten Rat repräsentiert. Der Sitz des „Zentralrates“ ist Frankfurt a. M. (dpa.).

(In: „Allgemeine Wochenzeitung“, 5 [Düsseldorf, 28. 7. 50] 16. S. 1)

9e) Volle Rechte für heimatlose Ausländer

Gesetzesvorlage über die Rechtsstellung der DP's.

Die heimatlosen Ausländer, die nicht auswandern werden, sollen im vollen Umfang Gelegenheit erhalten,

sich in die Bevölkerung der Bundesrepublik einzugliedern. Die Bundesregierung hat den gesetzgebenden Körperschaften am Montag die Gesetzesvorlage über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet übermittelt.

In der Regierungserklärung heißt es, daß die heimatlosen Ausländer nicht einem Staat ausgeliefert, in einen Staat ausgewiesen, abgeschoben oder zurückgesandt werden, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit aus Gründen der Rasse, Abstammung, Herkunft, des Glaubens, der religiösen oder politischen Anschauungen bedroht ist. Das Recht zur Rückkehr in ihre Heimat oder zur Auswanderung werde ihnen jedoch nicht versagt. Sie genießen die Grundrechte nach dem Grundgesetz.

Die Bundesregierung stellt fest, daß sie mit dem Geist des vom Ausschuß des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO ausgearbeiteten Abkommenentwurfs und Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge übereinstimmt und bereit sei, einem solchen internationalen Abkommen beizutreten und die sich hieraus ergebenden Pflichten zu erfüllen. (Dpa.).

(In: „Allgemeine Wochenzeitung“, 5 [Düsseldorf, 4. 8. 50] 17, S. 1)

9f) Kennzeichnung jüdischer Bürger ungesetzlich

Das hessische Innenministerium erklärt, daß die besondere Kennzeichnung jüdischer Bürger in Schriftstücken jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt und dem Gebot der Toleranz widerspricht. (AjW.).

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“, 5, [Düsseldorf, 26. 5. 50] 7. S. 5)

9g) Gesetzliche Anerkennung freier Ehen rassisch und politisch Verfolgter

Der Bundestag verabschiedete ein Gesetz über die Anerkennung freier Ehen rassisch und politisch Verfolgter. Nach dem Gesetz kann eine Landesjustizverwaltung eine freie Ehe von rassisch und politisch Verfolgten aus der Zeit des Nationalsozialismus als rechtswirksam anerkennen, wenn der Tod des einen Teils der Verlobten die Nachholung der standesamtlichen Eheschließung verhindert hat.

(In: „Die Tat“, 1 [Frankfurt, 6. 5. 50] 8 S. 7)

9h) Zahlen der Religionsstatistik

Die Bevölkerung in Westdeutschland beträgt 43 700 000. Davon sind 50% protestantisch, 45,8% katholisch und 0,1% Juden.

(In: W.J.A., London, 3. 2. 50)

9i) Wie viele Juden gibt es noch in Deutschland?

Die Angaben der verschiedenen Komitees schwanken zwischen 34 000 und 40 000. In den Lagern sind noch 15 000, 15 000 sind in den größeren Städten und etwa 10 000 sind deutsche Juden, die aus den Lagern oder aus dem Ausland zurückgekommen sind.

20 000 Juden leben in der amerikanischen Zone, 7 000 in den beiden Sektoren Berlins und die anderen in der britischen, französischen und russischen Zone. Die Rückkehrer aus dem Ausland machen etwa 3 000 Personen aus. Das schwerste Problem bilden die Juden, die noch in den Lagern leben, weil die IRO mit ihrer Hilftätigkeit am 30. Juni aufhört.

An den Universitäten von Berlin, München, Bonn, Frankfurt und Heidelberg gibt es insgesamt etwa 200 jüdische Studenten. Sie werden alle auswandern, wenn sie ihre Prüfungen bestanden haben. In Berlin gibt es 4 000 Juden im westlichen und 3 000 im östlichen Sektor.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 9. 6. 1950] 23, S. 12)

9k) Gedächtnismal in Dachau

In Dachau wurde der Grundstein für die Gedächtnishalle gelegt. Der bayrische Ministerpräsident Dr. Ehard erklärte: „Wir müssen Klage erheben, daß die Opfer nicht ausgereicht haben, den KZ.-Geist aus der Menschheit auszutreiben.“ Dr. Philipp Auerbach enthüllte ein Ehrenmal, das einen ehemaligen Widerstandskämpfer darstellt. Er erinnerte an 238 000 Opfer, die hier ver-

gast wurden, und ermahnte die Überlebenden, sich für Recht und Freiheit einzusetzen.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 12. 5. 50] 19, S. 11)

9l) Nur Gedankenlosigkeit?

Bei einer kleinen Geburtstagsfeier, bei der junge Lehrer und Studenten aller Fakultäten anwesend waren, erzählte eine Lehrerin, daß kürzlich ein Junge von etwa 12 Jahren unentschuldigt gefehlt hätte. Sie fragte ihn am nächsten Tage, warum er nicht zum Unterricht gekommen sei. Er wollte erst mit der Sprache nicht heraus und sagte schließlich, er wäre beim Jugendrichter gewesen. „Na, was hast du denn ausgefressen?“ „Ach“, sagte er, „wir haben nur auf dem Friedhof gespielt und dabei ein paar Steine umgeworfen.“ Darauf sagte ein Student, der kurz vor dem ersten juristischen Examen steht: „Na, hoffentlich war es wenigstens ein jüdischer Friedhof!“ Man ging darüber zur Tagesordnung über, und keine einzige Stimme sprach sich dagegen aus. Ich glaube nicht einmal, daß diese Bemerkung bewußt antisemitisch gemeint war, aber sie zeigt doch die erschreckende Gedankenlosigkeit derjenigen, die weiter in den gewohnten Gleisen ihrer Jugendvorstellungen fahren, und mit denen sich niemand Mühe gegeben hat, sie umzuerziehen.

(Aus: „Der Weg“, 5 [Berlin, 5. 5. 1950] 18, S. 3)

9m) Antisemitismus in Deutschland

Erklärung des britischen Außenministeriums

Der Abgeordnete Dr. Charles Hill (wegen seiner Rundfunkansprachen über hygienische Fragen unter dem Namen „Radio-Doctor“ bekannt) richtete an den britischen Außenminister die Frage, welche Berichte er über antisemitische Störungen in Westdeutschland erhalten habe und welche Schritte er zu unternehmen gedenke. Der Unterstaatssekretär des Außenministeriums, Mr. Ernest Davies, antwortete: „Wir haben von verschiedenen Stellen Berichte erhalten. Praktisch beziehen sich alle auf eine begrenzte Anzahl von Zwischenfällen, die jeweilig von den deutschen Behörden in geeigneter und ausreichender Weise aufgegriffen wurden oder werden. Ein Einschreiten der britischen Regierung wird im Augenblick nicht als notwendig angesehen, aber die Entwicklung wird sorgfältig beobachtet und der Außenminister wird unverzüglich die Hohen Kommissare zu Interventionen bei den deutschen Behörden veranlassen, wenn sich dies als notwendig herausstellen sollte.“

W. R.
(In: „Allgemeine Wochenzeitung“, 5 [Düsseldorf, 4. 8. 50] 17, S. 1)

9n) „Internationale Allianz der Christen aus Israel“

In Hamburg wurde unter Vorsitz des Chefarztes Dr. Citron ein deutscher Zweig des Internationalen Verbandes Christen jüdischer Herkunft wiedergegründet. Die „Internationale Allianz der Christen aus Israel“ besteht als Organisation seit 25 Jahren; sie hat Zweiggruppen in Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Österreich, Belgien, Ungarn, Portugal, Schweden, der Schweiz, Australien und Südafrika.

(In: „Badische Zeitung“ [Freiburg i. Br., 1. 8. 50])

9o) Die Bevölkerung Palästinas

Vor fünfzig Jahren belief sich die jüdische Bevölkerung in Palästina auf 50 000. Am 14. 5. 1948 betrug sie 665 000. Im Dezember 1949 erreichte sie die Million. Es gibt in Israel: 20 000 Griechische Katholiken, 6 000 Römische Katholiken, 2 000 Mennoniten, 2 000 Armenier, 1 000 Protestanten, 1 000 Kopten.

(In: The Jews in the News, Mai 1950, Nr. 32)

9p) Die Einwanderung in Israel

Von den 239 141 Einwanderern im Jahre 1949 kamen 47 000 aus Polen, 37 800 aus Yemen, 26 000 aus der Türkei, 20 000 aus Bulgarien, 17 000 aus Tunis, Marokko und Algerien, 14 000 aus Libyen, 15 000 aus der Tschechoslowakei und 14 000 aus Rumänien.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 19. 5. 1950] 20, S. 9)

9q) Die Entwicklung Jerusalems

Jerusalem hat seit einem Jahre um 30 000 Personen zugenommen und zählt jetzt 110 000. Im vergangenen Jahre wurden 200 Industriebetriebe errichtet, in denen 10 000 Arbeiter Beschäftigung gefunden haben. In Romema wird ein Industriezentrum errichtet. Für die Kanalisationsarbeiten legte die Regierung 300 000 Pfund aus. Die während der Belagerung zerstörten Häuser wurden zum größten Teil wieder hergestellt. Bis auf das Außenministerium befinden sich nun alle Ministerien in Jerusalem.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 26. 5. 1950] 21, S. 11)

9r) Ein christliches Komitee des United Jewish Appeal
Der demokratische Abgeordnete Franklin Roosevelt, der Sohn des früheren Präsidenten, gab die Bildung eines christlichen Landesausschusses des United Jewish Appeal bekannt. Der Ausschuss soll unter den christlichen Bürgern für die Unterstützung der Sammelkampagne der amerikanischen Juden werben.

Das christliche Komitee für den United Jewish Appeal wird von Franklin Roosevelt jun. geleitet. Ehrenpräsidenten sind Frau Roosevelt und Senator Taft, Mitglieder: General Clay, Sumner Welles, Harriman und Johnston.

(„Israelitisches Wochenblatt f. d. Schweiz“, Zürich, 24. 3. 50)

9s) „Israel und die deutsche Sprache“

Die französische Nachrichtenagentur A.F.P. versteift sich darauf, „ein Sprecher“ des israelischen Außenministeriums (welcher?) habe ihr wiederholt erklärt, die Verwendung der deutschen Sprache sei für alle Vertreter Israels im Auslande verboten. Demgegenüber stellen wir erneut fest, daß ein solches Verbot nicht besteht, und auch undenkbar wäre, wenn Israel diplomatische oder konsularische Vertreter in deutschsprechende Länder schicken will, was der Fall ist. Im übrigen braucht man nur darauf hinzuweisen, daß in Israel zwei Tageszeitungen in deutscher Sprache und eine Anzahl deutschsprachiger Wochenblätter herauskommen, um die innere Unmöglichkeit eines solchen strikten Verbotes zu erkennen.

(In: „Israelitisches Wochenblatt f. d. Schweiz“, Zürich, 24. 2. 50)

9t) Die Verfassung Israels

Die Knesseth beauftragte die Verfassungskommission, eine Staatsverfassung vorzubereiten. Die Konstitution wird aus einzelnen Stücken zusammengesetzt sein, so daß jeder Teil für sich ein Grundgesetz bildet. Die einzelnen Teile werden von der Kommission vorgelegt, sobald sie beraten sind und alle Teile werden schließlich zur Staatsverfassung vereinigt. Dieser Antrag der Progressiven wurde von der Mapai, der Vizo und den Sephardim unterstützt und mit 50 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmten 38 Mitglieder, und 12 haben sich enthalten. Der Gegenantrag von Mapam, Allgemeinen Zionisten und Cheruth, sofort die gesamte Verfassung zu beraten, erhielt 37 Stimmen. Die religiöse Front war nur für den Erlaß einiger Grundgesetze über die Hauptlinien des Regimes und der Festlegung der Rechte und Pflichten der Staatsbürger. Das Wort „Verfassung“ kam darin nicht vor. Dieser Antrag erhielt in der ersten Abstimmung 13 Stimmen, nachher haben sich die Anhänger der religiösen Front enthalten. Die Abstimmungen dauerten bei einer sehr erregten Debatte über 2 Stunden. Israel erhält somit keine Verfassung auf einmal, sondern sukzessive verschiedene Grundgesetze, die in späteren Jahren einmal zu einer Staatsverfassung vereinigt werden sollen.

(In: „Israelitisches Wochenblatt“, 50 [Zürich, 23. 6. 50] 25, S. 5)

9u) Israel-Parlament lehnt Kollektivschuldtheorie ab

Ein Gesetz, das soeben von der Knesseth (dem Parlament) Israels nahezu einmütig angenommen wurde, bestimmt über das dortige deutsche Eigentum: Wer mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hatte, erhält seinen Besitz sofort zurück und kann über ihn frei verfügen. Im andern Fall wird der Besitz treuhänderisch verwaltet und später auf die Wiedergutmachung verrechnet. „Regierung und Parlament Israels“, lesen wir dazu im „Weg“ (V, 32 vom 11. 8. 1950), „lehnten damit erklärtermaßen grundsätzlich die Theorie der Kollektivschuld ab. „Bestraft wird, wer in seiner Person schuldig wurde.“

10. Literaturhinweise

Asch, Schalom, Der Nazarener, Berman-Fischer Verlag, Wien und Frankfurt 1950, 709 Seiten.

—, Der Apostel, ebenda 1946, 773 Seiten.

Wohl noch keiner, der Jude war und bleiben wollte, hat so verständnisvoll über Jesus von Nazareth geschrieben wie Schalom Asch. Wohl noch nirgends ist vor allem so gemeinverständlich herausgearbeitet worden, vor welche große Frage sich die gesetzestreuen Juden durch Auftreten und Verkündigung eines Mannes gestellt sahen, dem man einerseits, wie gleich Schoeps (Nr. 7, S. 23) auch Asch betont, nicht den kleinsten Verstoß gegen das Gesetz nach dem damaligen Stand seiner rabbinischen Auslegung nachweisen konnte und der doch andererseits durch sein einzigartiges messianisch-göttliches Selbstbewußtsein und dessen (meist verhüllte, indirekte) Bezeugung einen Anspruch stellte, vor dem neutral zu bleiben im Grunde unmöglich war. Durchaus treffend läßt Asch den Hohenpriester nach Christi Selbstzeugnis im Verhör vor dem Sanhedrin sagen: „Wenn wir den Angeklagten nicht auslieferten, nachdem wir solche Worte von ihm gehört haben, würde das bedeuten, daß wir sie für wahr halten, und wir müßten uns vor ihm niederwerfen und ihn zum König Messias ausrufen. Keiner, nicht ein einziger in der Geschichte unseres Volkes hat jemals solche Worte geäußert, weder Abraham, noch Moses, noch König David. Sollen wir also annehmen, daß er größer sei als sie, größer als alles Fleisch und Blut, größer als alle die Lebenden und die Toten, daß er in der Tat (Gott sei davor!) eine zweite himmlische Macht sei?“ (S. 654) Dank dieser Verdeutlichung dessen, worum es damals ging (und heute noch geht!), wird dieses Buch sogar einem Leser etwas sagen können, der sonst dem historischen Roman mit Skepsis und dem „Leben Jesu“ als unbefugtem menschlichem Phantasiespiel mit dem Göttlichen grundsätzlich ablehnend gegenübersteht. Natürlich fehlt es auch bei Asch nicht an unzähligen Zügen, die den Verehrer des Evangeliums zutiefst stören. Die Sprache der Hauptpersonen, in der sich ein Hoherpriester über „das sogenannte Himmelreich“ äußern kann, die Einkleidung des ganzen Romans als Memoirensammlung von dank Seelenwanderung in heutigen Menschen wiederaufgetretenen Zeitgenossen Jesu (Judas, der römische Kohortenführer, der Jesus verhaftet hat, und ein Jünger des Rabbi Nikodemus), pikante Details wie die Schilderung des Milieus der Edelkurtsiane Maria Magdalena (Mirjam von Migdol) und ständige rationalistische oder apologetische Entstellungen der

biblischen Botschaft (Jesu Vetter Jakobus Alphaei-als angeblicher „Jakob ben Joseph“ etc. etc.); all das wird den gläubigen Leser ebenso abstoßen wie den geschichtskundigen etwa die Karikatur des Kaisers Tiberius, überhaupt die einseitig nur von Haß und Verachtung diktierte Darstellung der Römer. Aber trotz alledem legt man das Buch nicht ohne jedes Gefühl der Dankbarkeit aus der Hand und wünscht ihm unterscheidungs-fähige Leser — unter Christen und Juden.

In noch höherem Maße gilt dies für den Paulus-Roman „Der Apostel“, schon weil hier wenigstens nicht der wesensunmögliche Versuch vorliegt, den Herrn Selbst mit anderen als den Worten Seiner eignen Offenbarung „sprechen zu machen“. Gewiß, auch hier erscheint uns das biblische Zeugnis eben so einseitig von einem „Judenchristlichen“ wie etwa in Holzners „Paulus“ von einem „Heidenchristlichen“ Standpunkt aus verzerrt. Man vergleiche des letzteren willkürliche Erdichtung eines Seelenkampfes Pauli „zwischen Vers 25 und Vers 26“ von Apg. 21 (S. 345) mit Aschs eben so willkürlichem paulinischem Bereuen antijüdischer Äußerungen aus dem gleichen Anlaß: der Übernahme eines Nasiräatsopfers als Erweis des „den Juden ein Jude“ Seins (S. 550). Trotzdem dürfte man weit mehr über die wirklichen inneren Möglichkeiten jüdischer Menschen zur Zeit Jesu als bei dem von außen psychologisierenden Holzner bei dem von innen heraus um die Offenbarungswahrheit ringenden Asch lernen können, — wenn man nur hinterher wieder zur einzigen unmittelbaren Erkenntnisquelle greift, zur traditionsgetreu erklärten Bibel, in der unter Tränen triumphierende Einheit ist, was die so häufig herkunftsverhaftete bloß menschliche Phantasie von „Juden“ und „Heiden“ in tragische Zwiespältigkeit auseinanderreißt.

William F. Albright, Von der Steinzeit zum Christentum, Monotheismus und geschichtliches Werden. München 1949 Lehnen-Verlag, 495 Seiten.

Dieses Werk eines wissenschaftlich allgemein anerkannten hervorragenden Erforschers der Frühgeschichte des Vorderen Orients ist vor allem dem Religionslehrer wärmstens zu empfehlen, weil es mit einem Schlage einen ganzen Wust von gestrigen populärwissenschaftlichen Überspitzungen der „Bibelkritik“ beseitigt, — ohne ins Gegenextrem zu verfallen, d. h. hyper-„konservativ“ Scheinbeweise für Aussagen vorzulegen, die wir im Glauben annehmen dürfen, ohne sie